

Napoleonmuseum öffnet am 6. Februar wieder

Arenenberg Am Dienstag, 6. Februar 2017, erwacht das Napoleonmuseum aus dem Winterschlaf und öffnet seine Tore wieder für Besucherinnen und Besucher. Das Museum im Schloss ist dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet; das Bistro hat an denselben Tagen jeweils eine Stunde länger offen. Ab März starten die sonntäglichen, öffentlichen Museumsführungen wieder, jeweils am zweiten Samstag im Monat werden Themenführungen angeboten und die erste Kinderführung im 2018 findet am Sonntag, 4. März, statt. Alle Termine und nähere Informationen unter www.napoleonmuseum.ch. (red)

Schüler fahren ins Land der Queen

Aufenthalt Schüler aus dem Thurgau haben die Möglichkeit, ihre Sommerferien in England zu verbringen. Ziel der im Juli stattfindenden Schülerfahrt des Internationalen Austauschdienstes ist Thanet an der südost-englischen Küste. Jeder Teilnehmer erhält eine Gastfamilie, in der man während des Aufenthalts wie ein eigenes Kind der Familie lebt. Ein täglicher Sprachunterricht in der örtlichen Schule soll dazu beitragen, die Englischkenntnisse zu erweitern. Teilnehmen können Jungen und Mädchen, die mindestens 11 und höchstens 18 Jahre alt sind. Ein Jahr Schulenglisch sollte vorhanden sein. Ein kostenloses Informationsheft kann per E-Mail an schueler@austauschdienst.de angefordert werden. (red)

Unbelehrbare sollen in Haft

Motion Nationalrätin Verena Herzog will gegen renitente Stalker härter vorgehen. Bussen greifen nicht, wenn jemand kein Geld hat. Die Opfer müssten besser geschützt werden.

Ida Sandl
ida.sandl@thurgauerzeitung.ch

Eine Thurgauerin geht durch die Hölle. Seit sie die Beziehung mit einem zehn Jahre jüngeren Kurden abgebrochen hat, verfolgt der Mann sie regelrecht. Er randaliert vor ihrem Haus, taucht an ihrem Arbeitsplatz auf, terrorisiert sie mit Telefonanrufen und bedroht ihre Familie. Nur mit Perücke und bis zur Unkenntlichkeit verkleidet wagt sie sich aus dem Haus. Das Gericht hat ein Kontakt-, Annäherungs- und Rayonverbot ausgesprochen. Hält sich der Mann nicht daran, muss er eine Busse zahlen. Er aber macht einfach weiter.

Tragische Fälle wie dieser beschäftigen die Frauenfelder SVP-Nationalrätin Verena Herzog. «Solcher Psychoterror kann schwerste seelische Leiden hervorrufen, soziale Isolation zur Folge haben und eine normale Lebensführung verunmöglichen», sagt sie. Noch gravierender sei es, wenn Kinder darunter leiden. Deshalb hat sie eine Motion eingereicht. Ziel ist, die Opfer besser und vor allem möglichst schnell schützen zu können. Verena Herzog schlägt vor, die Ordnungshaft als neues Vollstreckungsmittel in das Gesetz aufzunehmen.

Wer kein Geld hat, der zahlt nicht

Bei Stalking geht es um Persönlichkeitsschutz. Hält sich ein Täter nicht an Kontakt-, Annäherungs- und Rayonverbot, so kann der Richter nur eine Ordnungs-

busse oder die Ungehorsamsstrafe nach Artikel 292 Strafgesetzbuch androhen. Weil die Haft 2007 gestrichen worden ist, hat aber auch die Ungehorsamsstrafe nur eine Busse zur Folge. Die Crux dabei: Wer kein Geld hat, der kann nicht zahlen. «Es gibt deshalb eine renitente Minderheit, die sich durch Bussen nicht beeindrucken lässt», stellt Herzog fest.

Dazu gehört der Kurde, der die Thurgauerin seit Jahren stalkt. Er ist anerkannter Flüchtling, hat kein Vermögen, und das Einkommen reicht gerade mal zum Leben. Dass er davon eine Busse bezahlen kann, ist Illusion. Die Sanktion hat bei ihm auch nicht gefruchtet, die Belästigungen gehen weiter.

Verena Herzog ist klar: «Wir haben hier eine Gesetzeslücke». Sie ist überzeugt, eine Haft von bis zu 30 oder 90 Tagen würde den Mann mehr beeindrucken. Für die Motion hat sie sich juristischen Rat geholt. Bei ihrem Parteifreund, dem Weinfelder Kantonsrat und Gerichtspräsidenten Pascal Schmid, fand sie einen Mitstreiter. Bei mehr als 90 Prozent der Täter reiche die Androhung einer Ordnungsbuss oder Ungehorsamsstrafe aus, erklärt Schmid. Ein kleiner Prozentsatz von Tätern lasse sich davon aber nicht abschrecken.

Zwar landet ein unbelehrbarer Stalker auch heute irgendwann im Gefängnis, wenn er die Busse nicht zahlt. Doch dafür braucht es einen Umweg über das

Strafgesetz. Der Weg dahin sei «kompliziert, langwierig und mit viel Aufwand und Kosten verbunden», sagt Schmid.

Das kann schnell ein Jahr dauern

Nach dem Verfahren vor dem Zivilrichter müsse noch ein Strafverfahren eingeleitet werden. Das heisst, Polizei, Staatsanwaltschaft und allenfalls noch ein Strafgericht werden tätig. Für Schmid ist dieses Prozedere: «doppelspurig, ineffizient und nicht griffig». Bei Ausschöpfung der Rechtsmittel dauere es schnell ein Jahr, bis der widerpenstige Täter etwas spürt. Ein Jahr, in dem das Opfer weiter ohne wirksamen Schutz da steht.

Wichtig ist Verena Herzog, dass eine Haft nur bei Wiederholungstätern in Frage kommt und für die schweren Fälle gilt. Bei ihren Kollegen im Nationalrat sei ihre Motion gut angekommen. «Es haben alle unterschrieben, die ich gefragt habe.» Unter den 28 Mitunterzeichnern finden sich SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi, FDP-Präsidentin Petra Gösli sowie die CVP-Nationalrätin Ruth Humbel.

Am Zug ist nun das Justiz- und Polizeidepartement von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Mit der Ordnungshaft befände sich die Schweiz in bester Gesellschaft mit ihrem Nachbarn, hat Verena Herzog herausgefunden. Im deutschen Gesetz gebe es eine Ordnungshaft von sechs Monaten, Österreich kenne sogar die Zwangshaft von bis zu zwölf Monaten.

Baukommissionen eingesetzt

Thurgau Der Regierungsrat hat Baukommissionen und Bauausschüsse für drei kantonale Bauvorhaben eingesetzt. Es handelt sich um den Erweiterungsbau 2 der Pädagogischen Hochschule (PHTG) in Kreuzlingen, die Gesamtsanierung und Erweiterung des Sporttrakts an der Kantonsschule Romanshorn sowie um die Gesamtsanierung des Schulgebäudes und der Mehrzweckhalle am Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg (BBZA).

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger genehmigten in der Volksabstimmung vom 26. November 2017 das Kreditbegehren von 26,88 Millionen Franken für den Erweiterungsbau 2 der PHTG. Die Baukommission für dieses Vorhaben steht unter der Leitung von Regierungsrätin Carmen Haag, ChefIn des Departements für Bau und Umwelt. Der Baukommission gehören auch Regierungsrätin Monika Knill sowie Vertreterinnen und Vertreter des Hochbauamtes, des Amts für Mittel- und Hochschulen, der PHTG, der Pädagogischen Maturitätsschule sowie des Architekturbüros Consoni aus Horn an. Auch die Baukommissionen der beiden anderen Bauvorhaben werden von Regierungsrätin Carmen Haag präsiert. Ebenso sind in den jeweiligen Kommissionen Vertreter des Hochbauamtes und der betroffenen Institution vertreten.

Die beiden Bauvorhaben – die Gesamtsanierung und Erweiterung des Sporttrakts an der Kantonsschule Romanshorn und die Gesamtsanierung des Schulgebäudes und der Mehrzweckhalle am Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg (BBZA) – genehmigte der Grosse Rat mit dem Budget 2018. (red)

«Das ist
doppelspurig,
ineffizient,
nicht griffig.»



Pascal Schmid
Gerichtspräsident, Weinfelden

«Wir haben
hier eine
Lücke im
Gesetz.»



Verena Herzog
SVP-Nationalrätin, Frauenfeld

Afrikanische Schweinepest ist auf dem Vormarsch

Wildschweine Der Deutsche Bauernverband fordert als vorbeugende Massnahme gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) den Abschuss von 70 Prozent des Wildschweinbestandes. Im Thurgau hält man allerdings nicht viel davon.

Die deutschen Schweinehalter befürchten, dass bei einem Übergreifen des Virus auf die Hausschweine der Schweinefleisch-Export zusammenbricht, und sie haben Angst um ihre Existenz. Urs Schär vom Verband der Thurgauer Landwirtschaft sagt, dass die ASP auch fatale Folgen für die Thurgauer Schweinehaltungsbetriebe hätte, da der Thurgau hinter Bern und Luzern der drittgrösste Schweineproduzent der Schweiz sei. Beim Ausbruch der Seuche müssten alle Schweine eines betroffenen Betriebs getötet und entsorgt sowie die Stallungen desinfiziert werden. In speziellen Schutz- und Überwachungszonen gäbe es zudem massive Kontrollen und Einschränkungen.

Der Schuss kann auch nach hinten losgehen

Walter Hofstetter vom Thurgauer Informationsdienst sagt, dass die deutsche Forderung schwer durchsetzbar sei, da es keine verlässliche Methode gebe, den Bestand der scheuen Wildschweine zu erfassen. Aufgrund der aktuellen Abschuss- und Fallwildzah-

len sowie den Wildschäden muss man im Thurgau jedoch von einem sehr hohen Wildschweinbestand ausgehen. Im aktuellen Jagdjahr, das noch bis Ende März dauert, wird vermutlich der Abschussrekord aus dem Jahr 2012/13 mit über 820 Abschüssen noch übertroffen. Hofstetter betont, dass man die Strategie nach dem Ausbruch dem Seuchenverlauf anpassen müsse. Das Übertragungsrisiko kann durch drastische Verringerung des Wildschweinbestands reduziert werden, wobei sich ein verstärkter Jagddruck allerdings auch negativ auf das Seuchengeschehen auswirken kann, wenn sich dadurch die bejagten Tiere weiträumiger verlagern. Eine Alternative wäre ein gänzlicheres Jagdverbot auf Wildschweine, um die Tiere nicht zusätzlich zu beunruhigen. Hofstetter sagt, dass dieses Verfahren schon vor ein paar Jahren beim Ausbruch der klassischen Schweinepest im Kanton Tessin angewandt worden sei.

Walter Schmid von der Jagd Thurgau ist ähnlicher Meinung. «Eine seriöse Jagd, bei der die Leitbächen geschont werden und eine intakte Rottenstruktur erhalten bleibt, verhindert eine grossräumige Bewegung des Schwarzwildes.» Die Forderung des deutschen Bauernverbandes auf eine Reduktion von 70 Prozent der Wildschweine ist für Schmid fern jeglicher Realität. (gün)

Drei glückliche Gewinner



Frauenfeld Sie alle errieten das Lösungswort von «Vreni Schawalders Jahresrätsel»: Anny Baumann gewann den dritten Preis, einen Gutschein von Heini Car, und Peter Gansner bekam als Zweiter eine Pentax-Spiegelreflexkamera. Der erste Preis, ein Paar Stöckli Ski, ging an Heinz Häberlin-Ribi. Christian Kamm von der TZ überreichte die Preise. Bild: Andrea Stalder